

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Schleswig-Holstein ist solidarisch
- Haushaltsabschluss 2021: Eine kleine finanzpolitische Bilanz der letzten 5 Jahre
- Familien in den Mittelpunkt stellen
- Abschlussbilanz Inklusion: Fortschritte fehlen

Ukraine:

Schleswig-Holstein ist solidarisch

Der erste Tag der Landtagssitzung im März stand ganz im Zeichen des Kriegs in der Ukraine. Zur Regierungserklärung über dessen Auswirkungen auf Schleswig-Holstein (Drs. 19/3740) erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Russlands Präsident Putin überfällt seit knapp vier Wochen mit unfassbarer Brutalität sein Nachbarland. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine ist verabscheuungswürdig und er ist furchtbar sinnlos.

„Bundeskanzler Olaf Scholz hat den russischen Überfall eine Zeitenwende genannt. Nichts wäre zutreffender. Wir erleben gerade den krassen Bruch mit der Friedensordnung der 90er und 2000er-Jahre!“

Lange haben die Staaten der EU nicht mehr so schnell und entschlossen reagiert. Das ist das richtige Zeichen an diejenigen, die unsere Vielfalt immer nur für eine Schwäche halten. Die EU hat geschlossen harte Sanktionen auf den Weg gebracht, die ihre Wirkung schon jetzt zeigen. Und auch die Aktivierung der EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge war mit Blick auf die Situation konsequent.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den russischen Überfall eine Zeitenwende genannt. Nichts wäre zutreffender. Wir erleben gerade den krassen Bruch mit der Friedensordnung der 90er und 2000er-Jahre. Unsere Strategie von Verflechtung, Handel und gegenseitiger Abhängigkeit ist vorläufig gescheitert, weil Russland sie scheitern ließ. Das ändert aber nichts daran, dass es Frieden in Europa lang- und mittelfristig nur mit Russland geben kann. Der kalte Krieg mit seiner Logik von Aufrüstung, Abschreckung und Unfreiheit der Staaten in Mittel- und Osteuropa war eben kein Frieden, wie wir ihn uns für die Zukunft wünschen können. Deswegen bleibt Diplomatie selbstverständlich immer das Mittel der Wahl. Aber es wäre naiv, die Augen vor der neuen Realität zu verschließen.

Die Bundesregierung hat ein beispielloses Investitionspaket für die Bundeswehr angekündigt, um zu kitten, was in den vergangenen 16 Jahren schief lief. Wir wissen, dass es bei den Defiziten der Bundeswehr nicht nur um Geld, sondern vor allem um marode Strukturen und verkorkste Beschaffungen geht. Und beides ist sicher nicht die Verantwortung der Truppe vor Ort. Aber beides muss jetzt in Rekordzeit angepackt werden. Ich bin mir sicher: Der Ampel wird das gelingen.

Noch größer ist die Herausforderung, unsere Energieversorgung auf eigene Beine zu stellen. Gas aus Katar statt aus Russland mag für die Übergangszeit das kleinere Übel sein. Jedem muss aber klar sein: Eine tragfähige Lösung ist es nicht. Fossile Energien machen uns abhängig von Ländern, die unsere Werte nicht teilen und Menschenrechte mit Füßen treten. Und sie tragen zur Klimakatastrophe bei, deren Bekämpfung durch die Ereignisse der letzten Wochen nicht



weniger dringlich geworden ist. Die Lösung können darum nur Erneuerbare Energien sein. Sie sind die saubere Alternative, sie machen uns unabhängig. Schleswig-Holstein wird dabei eine Schlüsselrolle einnehmen.

Die vielen Zeichen der Solidarität in ganz Schleswig-Holstein sind großartig. Die Demonstrationen und Mahnwachen. Die Spendensammlungen und Hilfstransporte. Die Aufnahme von Geflüchteten in Ferienwohnungen oder Gästezimmern. So ist Schleswig-Holstein! Die große Herausforderung ist, dass wir schwer planen können. Kurzfristig wissen wir nicht, wie viele Menschen zu uns kommen werden. Und auch langfristig. Die Menschen, die jetzt ankommen, fliehen vor dem russischen Überfall. Die wenigsten sind auf der Suche nach einer neuen Heimat – zumindest jetzt noch nicht. Denn ob und wann sie zurückkehren können wird sich zeigen. Das ist eine andere Situation als 2015. Die Menschen damals hatten oftmals schon eine lange Odyssee hinter sich und die Gewissheit, dass die Rückkehr in die Heimat eben keine Alternative ist.

Vor uns in Schleswig-Holstein liegen in der kommenden Wochen und Monaten wirklich große Herausforderungen. Das gilt für die Flüchtlingsaufnahme genauso wie für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Dämpfung des enormen Preisanstieges. Aber wie klein werden diese großen Herausforderungen im Vergleich zur Situation in der Ukraine. Wir haben bereits in der Vergangenheit bewiesen: Schleswig-Holstein lebt Solidarität. Lassen Sie uns genau das wieder tun!“

Finanzpolitik:

Haushaltsabschluss 2021: Eine kleine finanzpolitische Bilanz der letzten 5 Jahre

Auch der Haushaltsabschluss 2021 sowie das Nachtragshaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2022 waren Thema der letzten Landtagssitzung (Drs. 19/3734, 19/3736, 19/3650). Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies, nutzte diesen Tagesordnungspunkt dazu, eine kleine Bilanz der Finanz- und Haushaltspolitik von Jamaika der letzten fünf Jahren zu ziehen:

„Der Haushaltsabschluss 2021 und der Nachtrag stehen symptomatisch für das, was schwarz-grün-gelb regelmäßig abgeliefert hat. Die Haushaltsentwürfe wurden arm gerechnet, voll mit Vorsorgen und pauschalen Ermächtigungen. Vorsorge ist gut – aber am Ende hatte das Ergebnis mit Haushaltswahrheit nicht mehr viel zu tun. Die Überschüsse türmten sich. Aber was nützen angesparte Mittel in Milliardenhöhe, wenn sie nicht verausgabt werden? Jamaika feierte sich in den Haushaltsberatungen stets dafür ab, die Investitionsquote auf Rekordhöhe zu treiben. Allerdings schaffte die Landesregierung es nicht mal annähernd, die vorhandenen Mittel auch zu verbauen. Dabei gäbe es allein bei der energetischen Sanierung der Landesliegenschaften mehr als genug zu tun! So blieben aber über die Legislaturperiode eine halbe Milliarde Euro Investitionsmittel einfach liegen.



„Der Haushaltsabschluss 2021 und der Nachtrag stehen symptomatisch für das, was schwarz-grün-gelb regelmäßig abgeliefert hat!“

Auch die jährlichen Überschüsse im Personalhaushalt haben sich im dreistelligen Bereich festgesetzt – aber für die Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst ist angeblich kein Geld da. Stattdessen bleiben dutzende Stellen im Landesdienst weiter unbesetzt. Zum Abschluss legt die Landesregierung auch noch einen Gesetzentwurf vor, der nicht nur ihren eigenen Ansprüchen einer großen Besoldungsstrukturreform nicht genügt, sondern an dem erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Verheerender geht es kaum.

Auch zu den finanziellen Folgen des Krieges in der Ukraine stochert Jamaika weiter im Nebel. Wir wissen aus der Erfahrung von 2015: Das, was uns bisher vorgelegt wurde, kann maximal ein Anfang sein. Aber zu mehr ist diese Landesregierung vermutlich nicht mehr in der Lage. Sie warten stattdessen auf das, was sie bisher immer gerettet hat: Dass der Bund das Portemonnaie aufmacht und alles bezahlt.“

Familienpolitik:

Familien in den Mittelpunkt stellen

Die SPD hat einen Antrag zur Landtagssitzung eingebracht, in dem wir spürbare Entlastungen für die Familien in unserem Land fordern (Drs. 19/3738). Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

Familie ist überall, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. So einfach und so anstrengend zugleich. Denn gerade für Familien mit kleinen Kindern war es in der Corona Pandemie besonders schwer. Daher verwundert es nicht, dass mehr als die Hälfte von ihnen bereits im vergangenen Frühjahr angab, durch die Corona-Situation stark oder sehr stark belastet zu sein. Das ist ein deutlich höherer Wert als bei Befragten ohne Kinder. Dafür gibt es viele Gründe: Geschlossene Kitas und Schulen, Homeschooling, keine Freizeitangebote, höhere Kosten, Sorge um den Arbeitsplatz. Wir alle hoffen auf das Ende der Pandemie, die Familien aber nochmal ganz besonders. Das wird helfen, damit der akute Druck etwas nachlässt. Aber: Viele Probleme werden bleiben, weil sie struktureller Art sind. Familien brauchen mehr Unterstützung. Sie gehören unbedingt in den Mittelpunkt der Politik!

„Viele Probleme werden bleiben, weil sie struktureller Art sind. Familien brauchen mehr Unterstützung. Sie gehören unbedingt in den Mittelpunkt der Politik!“



Die Ampel in Berlin geht die Probleme an: Der neue Kinderzuschlag ist richtig als Überbrückung auf dem Weg zur Kindergrundsicherung und jetzt nochmal zusätzlich 100 € Familienzuschuss zur akuten Entlastung. Auch das 9 € Ticket für 90 Tage kommt genau zur richtigen Zeit, das hilft Familien mit Kindern, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Zudem wird das Elterngeld verbessert. Ganz besonders die Entlastungen für Alleinerziehende kommen bei denen an, die es am dringendsten brauchen, hier ist das Risiko von Armut betroffen zu sein, am höchsten.

Es tut der Familienpolitik im Bund richtig gut, dass die konservativen Bremsen nach 16 bitterlangen, schlechten Jahren für Familien endlich gelöst worden sind! Aber auch in Schleswig-Holstein muss mehr passieren: Wir sind das letzte norddeutsche Land, in dem die Eltern Kita-Gebühren bezahlen. Bei fünf Stunden am Tag sind das mehr als 140 Euro im Monat. Auch wenn es in diesem Haus dazu andere Auffassungen gibt: Das ist für viele eine Menge Geld. Diese Gebühren müssen ein Ende haben! Das entlastet sofort und das Geld geht direkt in die Familienkasse.

Auch brauchen wir mehr bezahlbare Wohnungen und die Senkung der Grunderwerbssteuer, weil zu vielen Familien die Wohnkosten über den Kopf wachsen. Bis es soweit ist, braucht es zumindest eine Mietpreisbremse, die für viele eine echte Unterstützung wäre.

Die Kita-Datenbank hat nichts daran geändert, die Suche nach einem Platz bleibt ein Abenteuer. Ein Mangel bleibt ein Mangel mit und ohne Datenbank. Hinzu kommt der Personalmangel in den Kitas, weil Jamaika eine Fachkräfteoffensive bei der Kita-Reform ignoriert hat. Die Kita Reform, das größte übrig gebliebene Großprojekt, es braucht schon jetzt ein Update. Das wird wohl das mindeste sein, was wir in der nächsten Legislaturperiode angehen werden müssen. Bereits vor der Kita bieten die Frühen Hilfen für Familien besondere Unterstützung, diese müssen weiter ausgebaut werden. Und die entlastenden Dienste wie Kurzzeitpflege, Tages- oder Nachtpflege gehören dringend den Bedarfen angepasst.

Jamaika hat keine einzige gemeinsame Idee, wie die Situation für Familien in Schleswig-Holstein besser werden soll. Deutlicher kann man das nicht dokumentieren: Jamaika hat fertig! Im Bund ist es gelungen die Bremsen zu lösen. In Schleswig-Holstein wird es auch Zeit dafür. Ich bin optimistisch, dass der 8. Mai die Chance für den Aufbruch ist. Die Familien haben es verdient. Besser ist das!“

Inklusion:

Abschlussbilanz: Fortschritte fehlen

Die SPD wollte gemeinsam mit dem SSW wissen, wie es am Ende dieser Legislaturperiode um die Inklusion in Schleswig-Holstein steht und haben einen entsprechenden Berichtsantrag gestellt. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:

„Als Frau Prien ihr Amt vor fünf Jahren übernommen hat, konnte sie auf ein hervorragendes Fundament aufbauen. Schleswig-Holstein gehörte bereits damals zu den Bundesländern mit der höchsten Inklusionsquote, und es war zum Glück zwischen den politischen Lagern unstrittig, dass die Inklusion nicht nur als Grundprinzip unseres Bildungswesens beibehalten, sondern vorrangig in der Qualität gestärkt werden sollte.

Was uns und Jamaika in der Frage der Inklusion trennt, ist, dass wir unterschiedliche Leitbilder haben. Die Landesregierung hängt an einem Inklusionsbegriff, der sich nicht wesentlich über den Begriff der Integration hinaus entwickelt hat.



„Was uns und Jamaika in der Frage der Inklusion trennt, ist, dass wir unterschiedliche Leitbilder haben!“

Ein moderner Begriff von Inklusion geht aber nicht davon aus, wie man Kinder am besten an ihre Schule anpasst, sondern davon, wie sich die Schule daran anpassen muss, um Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Diversität bestmöglich zu fördern.

Die Inklusion als Grundprinzip der Arbeit unserer Schulen bleibt ein Dauerthema – unabhängig von der Legislaturperiode des Landtages. Was sie braucht, sind neue politische Impulse, ist die Bereitschaft zum Dialog zwischen der Politik und allen, die an Inklusion beteiligt sind, und ist nicht zuletzt der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Lehrerstellen im Haushalt sind eine gute Sache, aber sie nutzen weder den Schulen noch den Schülerinnen und Schülern etwas, wenn wir keine Fachkräfte haben, um diese Stellen zu besetzen.“

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**